



An die
Medien mit der Bitte um
Veröffentlichung

Betrifft
Pressemitteilung

Unser Zeichen

Datum
13.9.2022

Fadenscheinige Ausreden statt kompetente Klimaanpassung

Die guten Geschäfte mit Grundwasser sind wohl zu verlockend

Die Wasserverschwendung an der A49-Baustelle ist in mehrfacher Hinsicht ein handfester Skandal – die Oberhessische Zeitung berichtete am 6. September darüber ausführlich. Schon die Tatsache, dass täglich bis zu 10.000 Liter bestes Trinkwasser zur Staubbindung verschwendet werden, stellt nach Ansicht der Aktionsgemeinschaft „Rettet den Burgwald“ einen Gesetzesverstoß dar. Denn laut geltender Rechtslage ist 'das geförderte Grundwasser sparsam zu verwenden', und zwar nur zum Zweck der Öffentlichen Trinkwasserversorgung. Das steht nicht nur in den Wassergesetzen, sondern auch in den Wasserrechtsanträgen des ZMW und der Stadtwerke sowie in den behördlichen Genehmigungen für die Grundwasserentnahmen.

Gerade die sparsame und zweckgebundene Verwendung müsste im Dürrejahr 2022 besonders streng kontrolliert werden. Denn nicht nur der extreme Niederschlagsmangel und die Hitzewellen mit ihren enormen Verdunstungsraten sind für das Grundwasser und den Naturraum ein schwerer Schlag. Auch die Häufung von Dürreperioden seit 2018 und die Tatsache, dass es seit dem Jahr 2003 kein Nassjahr mehr gab, müssten dazu beitragen, dass jede Art von Wasserverschwendung, wie sie an der A 49-Trasse gerade stattfindet, konsequent unterbunden wird. Zudem weiß niemand, ob die Grundwasserneubildung in den nächsten Jahren genauso schlecht sein wird wie 2022.

Doch die Verantwortlichen verbreiten Hoffnung, dass alles wieder im grünen Bereich ist und schauen weg, obwohl allein in den drei Sommermonaten bis zu 1,2 Millionen Liter Trinkwasser auf die Staubpiste gekippt werden, was der unter der Trockenheit ächzenden Natur noch zusätzlich fehlt. Als würde man die Sahara anfeuchten können.

Wenn die Menge denn mal reicht. Denn, ob alle Hydrantenentnahmen auch mit einem Wasserzähler kontrolliert werden, darf bezweifelt werden.



Der eigentliche Skandal aber sind die geradezu bizarren Ausreden, mit denen sich einige von ihnen zu Wort melden. „Die Bau-ARGE ist (...) an einem wassersparenden Vorgehen interessiert“, sagt ihre Sprecherin. Was komplett unglaubwürdig ist, solange sie völlig unnötig Trinkwasser verwendet. „Wir als Trinkwasserversorger halten den sorgsamsten Umgang mit Trinkwasser für zwingend erforderlich“ meint der Geschäftsführer des ZMW Thomas Brunner. Wäre das ernst gemeint, hätte der ZMW alle rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen können, um der Verschwendung solcher Mengen Einhalt zu gebieten. Was er nicht getan hat. Auch die Bürgermeisterin von Homberg Ohm Simke Ried findet beruhigende Worte und behauptet „man könne aus dem Vollen schöpfen“ und Wassernotstand für Oberflächenwasser hätte mit dem Grundwasser gar nichts zu tun, „das seien zwei grundverschiedene Ebenen“. Den Vogel aber schießt der Chef der Stadtwerke Stadtallendorf Rolf Weber ab, der behauptet „es sei doch erlaubt, Wasser auf diese Art zu nutzen“ und dann auch noch erklärt, „das Wasser, das verspritzt wird, gelangt in den Boden und versickert und dient damit auch der Grundwasserneubildung“. Wie soll das denn bitteschön funktionieren bei einem derart aufgeheizten und festgewalzten Boden? Selbst ein Laie weiß, dass wegen der tief ausgetrockneten Böden in den nächsten Wochen selbst bei Dauerregen keine Grundwasserneubildung stattfinden wird.

Sucht man nach den Gründen für diese fadenscheinigen Ausreden, wird man schnell beim Thema Finanzen landen. Denn für die ARGE kostet jeder Tag Bauzeit viel Geld – also werden die Wege zur nächsten Wasserzapfstelle kurzgehalten. Zumal die Wasserentnahme aus Oberflächengewässern z.Z. verboten ist. Für die Wasserversorger bedeutet dagegen jeder verkaufte Kubikmeter Trinkwasser einen höheren Reingewinn – der würde für ihre Anteilseigner wegfallen, wenn sich die ARGE anderweitig versorgen würde. Und die Aufsichtsbehörden sind wohl gehalten, den A 49-Bau nicht zu verkomplizieren.

'Die Beteiligten, die die Trinkwasserverschwendung tolerieren, unterstützen oder daran verdienen, bewegen sich in einer juristischen Grauzone', kommentiert Dr. Anne Archinal, Vorsitzende der Aktionsgemeinschaft „Rettet den Burgwald“ die Vorgänge, 'und reden sich dabei um Kopf und Kragen. In der Zusammenschau arbeiten alle hierfür Verantwortlichen seit Beginn des A 49-Baus gegen den Klimaschutz und die bitter notwendige Klimaanpassung der Trinkwasserversorgung. Daran ändern auch die abstrusen Beschwichtigungsversuche der Verantwortlichen nichts.' Und sie fügt noch hinzu: 'Und das alles bei weiter sinkenden Grundwasserpegel'.